Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis [illegible] Pfg., Reklamen 2.20 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 7gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 86. — **Donnerstag den 14. April 1921.** — **80. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Das Ministerium des Innern hat den **1. Nachtrag zur Satzung des Gemeindeverbandes der Stadt Wilsdruff** und der Landgemeinden Grumbach, Herzogswalde, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Roitzsch b. W., Steinbach b. K., Unkersdorf und Weistropp zur Unterhaltung einer Straßenwalze **genehmigt.**

§ 6 der Satzung ist abgeändert worden. Darnach ist das Geschäftsjahr nicht mehr das Kalenderjahr, sondern läuft vom 1. April bis 31. März.

Meißen, am 11. April 1921. Nr. 51 IV. **Die Amtshauptmannschaft.**

Kartoffelverkauf erfolgt Freitag den 15. d. M. von 8—11 und 1—4 Uhr in der neuen Schule.

Wilsdruff, am 14. April 1921. 3431 **Der Stadtrat.**

Auf Blatt 15 des hiesigen Genossenschaftsregisters, die **„Hühndorfer Dreschgenossenschaft“**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Hühndorf betr., ist heute eingetragen worden, daß die Genossenschaft **aufgelöst** ist und zu Liquidatoren die Gutsbesitzer Franz Graf, Alfred Rump und Reinhard Pietzsch, sämtlich in Hühndorf, bestellt sind. A Reg. 50/21.

Wilsdruff, am 7. April 1921. 3443 **Amtsgericht.**

Auf Blatt 116 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Max Berger vorm. Th. Goerne in Wilsdruff** betr., ist heute folgendes eingetragen worden: **Prokura** ist erteilt dem Kaufmann **Erich Albert Feigner** in **Wilsdruff.** A Reg. 52/21.

Wilsdruff, am 2. April 1921. 3444 **Amtsgericht.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsaußenminister Dr. Simons und Reichskanzler Fehrenbach sind gemeinsam in Berlin wieder eingetroffen.

* Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Wiedergabe der Unterredung, die der Außenminister Simons dem Berichterstatter des „Matin“ gewährte, teilweise ungenau und sinnentstellend ist.

* Der preußische Ministerpräsident Stegerwald ist nach dem Scheitern aller anderen Versuche jetzt bemüht, ein reines Geschäftsministerium zu bilden.

* In Düsseldorf, Hamborn, Duisburg und Ruhrort sind bereits zahlreiche französische Zollbeamte eingetroffen.

* In Hohenburg in Oberbayern fand die Vermählung des Prinzen Ernst Heinrich von Sachsen, jüngsten Sohnes des Königs, mit der Prinzessin Elisabeth von Luxemburg statt.

* In Kreisen des englischen Auswärtigen Amtes erklärt man, daß Anfang Mai eine neue interalliierte Konferenz in Paris oder London stattfinden wird.

* Die englische Regierung dementiert die Meldung von einem englisch-französischen Geheimabkommen.

* Die Türken haben mit verstärkten Kräften die Offensive gegen die Griechen wieder aufgenommen.

Ein Ausweg?

Der neue amerikanische Kongreß ist zusammengetreten und vom Präsidenten Harding mit der spannungsvoll erwarteten Botschaft eröffnet worden. Vorausgeschickt wird ihr, angeblich „von maßgebender Seite“, eine Reihe von Richtlinien, die die Politik der Vereinigten Staaten zu verfolgen sich anschicken werde.

Wir finden darin die unvermeidliche Verbeugung vor Frankreich und Belgien, den Opfern des Weltkrieges: die Regierung der Vereinigten Staaten werde ihren ganzen Einfluß aufbieten, um Deutschland dazu zu bewegen, innerhalb seiner Fähigkeit Geldzahlungen zu leisten und für die Schäden aufzukommen, die der Krieg Frankreich und Belgien zugefügt hat. „Innerhalb seiner Fähigkeit“ klingt ganz gut und entspricht ja vollständig unseren eigenen Bereitschaftserklärungen — fragt sich nur, wer diese Grenezn bestimmen soll. Alles, was wir an Sachverständigen auf diesem Gebiete aufbringen konnten, war und ist sich darüber einig, daß die französischen Zumutungen auch unsere angestrengtesten Kräfte maßlos überstiegen, während die Franzosen unsere auf den klargründlichsten und gewissenhaftesten Gutachten aufgebauten Angebote als eine — wie hieß es damals? — Herausforderung empfanden. Also „Sanktionen“ und immer wieder „Sanktionen“. Aber die amerikanische Regierung scheint diesen Weg denn doch nicht gutheißen zu wollen. Denn ihre Richtlinien sprechen sich an zweiter Stelle schon gegen die Absicht aus, Deutschland auszubeuten; richtiger wäre es vielmehr, wenn Frankreich seine Hilfe zur Entwicklung der deutschen industriellen Hilfsquellen leihen wollte, womit ein Schritt vorwärts zur Festigung der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt getan würde. Das könnten wir uns schon eher gefallen lassen, wir würden sogar schon zufrieden sein, wenn Frankreich unsere industriellen Hilfsquellen, ohne sie seinerseits z. B. durch Lieferung von Rohstoffen zu fördern, nur ungestört arbeiten ließe, statt sie fort und fort zu beunruhigen und zu verkürzen. Aber weiter: die amerikanische Regierung, so fahren die Richtlinien fort, würden alle Angriffsmaßnahmen, die nur den Imperialismus begünstigen und wahrscheinlich dauernden Rassenhaß sowie internationale Streitigkeiten zur Folge haben würden, als unratsam verwerfen. Und sie verfolgt — jetzt kommt die Hauptsache — voller Beunruhigung die derzeitigen Maßnahmen des Krieges, aus denen sich unzweifelhaft die Tatsache ergibt, daß im Augenblick nirgendwo in der ganzen Welt ein unparteiischer Gerichtshof besteht, dem die strittigen Fragen zum Zweck eines Schiedsspruches unterbreitet werden könnten. Und schließlich kommt die Versicherung, daß die Vereinigten Staaten keines ihrer Rechte aufzugeben beabsichtigten, die ihnen als einflußreichen Teilnehmer am Weltkriege zustehen.

Ein unparteiischer Gerichtshof — könnte damit nicht endlich das erlösende Wort gesprochen sein, das uns herauszuführen vermöchte aus unserer Qual? Wie oft hat nicht schon die deutsche Regierung, in wichtigen wie in weniger wichtigen Fragen, um Einsetzung eines unparteiischen Schiedsgerichtes gebeten, hat sie sogar in aller Form beantragt und sich für ihre Person von vornherein jedem Spruch unterworfen, der nach gebotener Anhörung auch ihrer Gründe von einer solchen Instanz gefällt werden würde. Sie ist häufig nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. In jedem Falle, er mochte nebensächlicher Art sein oder bis an die Wurzeln unserer Existenz, bis an die Grundlagen des Zusammenlebens der Völker heranreichen, nahm die Entente mit ihrer Botschafterkonferenz und ihrem Obersten Rat, nahm also die eine Partei auch für sich die Befugnisse, die Legitimation und die Vollgewalt eines höchsten Richterkollegiums in Anspruch — ein ganz ungeheuerliches Verfahren, das allenfalls im Kriegszustande geduldet werden muß, weil während seiner Dauer ja Rücksichten des Rechtes und der Gerechtigkeit von Macht und Gewalt zur Seite geschoben werden, das aber jetzt, im dritten Jahre nach der Waffenstreckung Deutschlands, immer noch mit steigender Rücksichtslosigkeit angewendet, jede Möglichkeit eines friedlichen Zusammenwirkens der Nationen bis auf den letzten Rest zerstören muß. Sollte wirklich in Amerika nunmehr die Erkenntnis aufdämmern, daß in diesem Punkte der tiefste Grund unseres Elends getroffen wird? Sollte Herr Harding nicht nur das Wort, sondern auch die Energie aufbringen, um von der gewonnenen Einsicht aus zu den unerläßlichen Folgerungen fortzuschreiten? Er weiß ebenso gut wie wir, daß die Franzosen niemals empfindlicher sind, als wenn ihnen angesonnen wird, sich in ihrem Verhältnis zu Deutschland, mit ihren willkürlichen Auslegungen des Versailler Friedensvertrages, mit ihren Sanktions- und Diktatgelüsten dem Schiedsspruch einer außerfranzösischen Instanz zu unterstellen. Und vom 1. Mai, mit welchem Tage sie aus dem verschleierten Kriegszustand in denjenigen der offenen Gewalt gegen uns hinaustreten wollen, trennen uns nur noch vierzehn Tage. Wird, kann die amerikanische Regierung bis dahin noch etwas tun, um ihren „Richtlinien“ zu einem mehr als papierenen Dasein zu verhelfen?

Von dieser Schicksalsfrage hängt mehr als nur Deutschlands Leben und Sterben ab. Vielleicht öffnet sich im letzten Augenblick noch ein Ausweg, der Rettung bringen kann, Rettung für das unglückliche Europa, das unter fortdauernder Wahnsinnsherrschaft des französischen Chauvinismus unfehlbar zugrunde gehen muß.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Entlassungen bei der Reichspost.

Die Reichspostverwaltung vermindert von Monat zu Monat die Zahl ihrer Hilfskräfte, wobei im weitesten Umfange die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligten berücksichtigt werden. So ist geplant, von den etwa 80 000 noch beschäftigten Hilfskräften 30 000 in ein Beamtenverhältnis überzuführen, da sie dauernd gebraucht werden, und die übrigen Hilfskräfte allmählich ganz abzubauen, um den Betrieb wieder finanziell rentabel zu machen.

Simons und das Interview.

Von amtlicher Stelle wird festgestellt, daß der „Matin“-Berichterstatter das Manuskript seines Interviews mit dem Außenminister Dr. Simons dem Minister vor der Weitergabe nach Paris nicht vorgelegt hatte. Infolgedessen seien mehrere Äußerungen des Ministers entstellt wiedergegeben, vor allem habe Dr. Simons nicht gesagt: „Ich bin nicht gewillt, in einer Regierung zu bleiben, die nicht ihre Pflicht bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit erfüllen wird“, sondern: „Ich würde nicht Mitglied einer anderen Regierung sein, die nicht bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit ginge.“ Der wichtigste Inhalt der Erklärungen des Außenministers, vor allem der Passus, in dem Dr. Simons ein neues deutsches Angebot in Aussicht stellt, wird nicht bestritten. Im übrigen wird angekündigt, daß Dr. Simons schon in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen wird, sich über die von ihm angekündigten neuen Vorschläge ausführlich zu erklären.

„Eberts unhaltbare Stellung“.

In einer öffentlichen Rede erklärte Scheidemann, die Stellung des Reichspräsidenten Ebert betrachte er als unhaltbar, da er eine ausschließlich nichtsozialistische Regierung mit seinem sozialdemokratischen Namen decken müsse. „Daß die Partei auf ihren früheren Vorsitzenden Rücksicht nehmen muß, ist selbstverständlich. Aber diese Rücksichtnahme muß da ihre Grenzen finden, wo die Interessen der Partei und des Volkes — für mich sind das identische Interessen — gefährdet werden. Ich bin überzeugt, daß unsere Partei nicht daran denkt, den links von uns operierenden Parteien und Gruppen das Weiteragetieren zu erleichtern durch eine nicht absolut klare Politik.“

Hauptverfahren gegen „Kriegsverbrecher“.

Im englischen Unterhause erklärte der Generalstaatsanwalt auf Befragen, daß die Zeugenaussagen derjenigen Personen, die nicht in der Lage sind, sich zu dem Verfahren gegen die deutschen „Kriegsverbrecher“ nach Leipzig zu begeben, in London am 26. April beginnen werden. Der Oberreichsanwalt in Leipzig habe diesem Verfahren zugestimmt und habe mitgeteilt, daß die Hauptverfahren in Leipzig Ende Mai beginnen werden. Auf eine weitere Frage erklärte der Generalstaatsanwalt, die Zwangsmaßnahmen seien zu einem nicht geringen Teile wegen der Nichterfüllung der Verpflichtungen Deutschlands in der Frage der Bestrafung der „Kriegsverbrecher“ angewendet worden.

Ludendorffs Geburtstag.

General Ludendorff wurde zu seinem 57. Geburtstag eine Fülle von Glückwünschen aus dem ganzen Reiche zugesandt. Der Deutschnationale Jugendbund brachte ihm vor seiner Villa eine Huldigung und am Abend erschienen neuerlich etwa 500 Personen vor dem Landhause des Generals, um ihm ein Ständchen zu bringen. Ludendorff dankte für die ihn überraschende Huldigung, die er als Zeichen dafür nehme, daß man mit seiner Tätigkeit während des Krieges einverstanden sei. Er habe sich stets bemüht, Deutschlands Größe zu erhalten. Ludendorff schloß: Wir können nur wieder hochkommen, wenn wir wieder einig werden und vor allem wieder Selbstzucht, Ordnung und Pflichttreue üben.

Frankreich.

× **Der kümmerliche Wiederaufbau.** Unter Führung ihres Vorsitzenden Louis Dubois hat die Interalliierte Reparationskommission das ehemalige Kampfgebiet im Departement Aisne besucht. Die Kommission besichtigte zunächst Soisson, dann Laon, die Kampfstätten am Damen-Weg, setzte ihren Weg dann über Craonne und Berry-au-Bac nach Reims fort und beendete die Besichtigungsreise schließlich in den Abschnitten Fismes, Braine, Oulchy-le-Château und Château-Thierry. Den Blättern zufolge hat der noch immer chaotische Zustand des ehemaligen Kampfgebietes und die nur sehr kümmerlichen Ansätze einer Wiederaufbautätigkeit auf die Mitglieder der Reparationskommission tiefen Eindruck gemacht, die auch in zahlreiche Ortschaften Gelegenheit nahm, die geschädigten Bewohner zu sprechen und ihre sehr prekäre Lage durch eigenen Augenschein kennen zu lernen.

Großbritannien.

× **Kein Geheimabkommen mit Frankreich.** Von amtlicher Londoner Stelle wird mitgeteilt, daß die im Ausland verbreitete Meldung betreffend ein Geheimabkommen zwischen Frankreich und England vollkommen aus der Luft gegriffen sei. Während vollständige Übereinstimmung mit Frankreich ein wesentlicher Teil der englischen Politik bleibe, könne keine Rede von einem geheimen Protokoll sein, durch das sich Frankreich bereit erkläre, auf alle Interessen in Rußland und gewissen Teilen von Westasien Verzicht zu leisten. Es bestehe keinerlei Abkommen dieser Art.

Türkei.

× **Wiederaufnahme der türkischen Offensive.** Die Türken sind zu einer neuen Offensive geschritten. Sie richtet sich von Denigli gegen Sari Keri im oberen Meandertal. Man ist noch ohne Nachricht über das Ergebnis des Vorgehens, das augenscheinlich den rechten griechischen Flügel zu umgehen sucht. Die Türken scheinen in den letzten Tagen beträchtliche Verstärkungen erhalten zu haben, die aus zehn alten Divisionen bestehen, die sich im Kaukasus befanden und durch den kürzlich erfolgten Abschluß des Abkommens zwischen Angora und Moskau frei wurden. Ein Teil dieser Truppen wurde auf dem Seewege nach Inebolu gebracht.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF